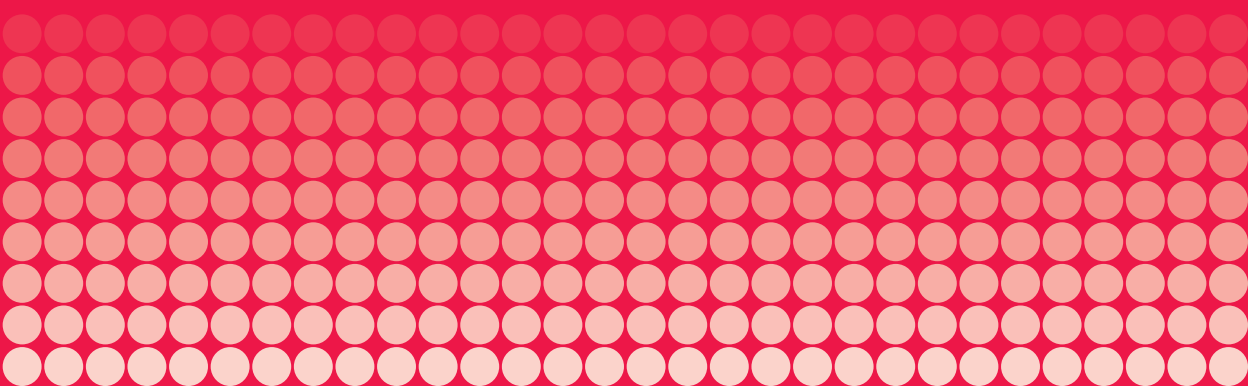


SIPRI YEARBOOK 2010

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Kurzfassung auf Deutsch



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 gegründet und stellt auf öffentlich zugänglichen Quellen basierende Daten, Analysen und Empfehlungen für Politik, Wissenschaft, Medien und für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

DER SIPRI VERWALTUNGSRAT

Botschafter Rolf Ekéus, Vorsitzender bis August 2010 (Schweden)

Göran Lennmarker, Vorsitzender ab September 2010 (Schweden)

Dr Dewi Fortuna Anwar (Indonesien)

Dr Alexei G. Arbatov (Russland)

Botschafter Lakhdar Brahimi (Algerien)

Jayantha Dhanapala (Sri Lanka)

Dr Nabil Elaraby (Ägypten)

Botschafter Wolfgang Ischinger (Deutschland)

Professor Mary Kaldor (Vereinigtes Königreich)

Direktor

DIREKTOR

Dr Bates Gill (Vereinigte Staaten)



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9

SE-169 70 Solna, Sweden

Telephone: +46 8 655 97 00

Fax: +46 8 655 97 33

Email: sipri@sipri.org

Internet: www.sipri.org



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

Veröffentlichung gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung

Übersetzt ins Deutsche von Anne Romund,
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

© SIPRI 2010

DAS SIPRI JAHRBUCH

Das SIPRI Jahrbuch ist 1969 zum ersten Mal erschienen und liegt nun in der 41. Ausgabe vor. Das *SIPRI Yearbook 2010* ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, größere bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze sowie von neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. An der Zusammenstellung des SIPRI-Jahrbuchs beteiligen sich sowohl SIPRI-Forscher, als auch eingeladene externe Experten.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2010* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen aus den verschiedenen Anhängen.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung. Internationale Sicherheit, Rüstung und Abrüstung im Jahr 2010	2
1. Eine Welt ohne Atomwaffen: Utopie oder Notwendigkeit?	3
Teil I. Sicherheit und Konflikte, 2009	
2. Bewaffnete Konflikte, Verbrechen und kriminelle Gewalt	4
3. Die Rolle ziviler Akteure in Friedenseinsätzen	6
4. Euro-atlantische Sicherheit und Institutionen: Neuausrichtung im globalen Wandel	8
Teil II. Militärausgaben und Rüstung, 2009	
5. Militärausgaben	10
6. Rüstungsproduktion	12
7. Internationale Rüstungstransfers	14
8. Atomstreitkräfte weltweit	16
Teil III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2009	
9. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	17
10. Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Waffen	18
11. Konventionelle Rüstungskontrolle	19
12. Kontrolle sicherheitsrelevanter internationaler Exporte	20
Anhänge	22



EINLEITUNG. INTERNATIONALE SICHERHEIT, RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG IM JAHR 2010

BATES GILL

Wie die Analysen im *SIPRI Yearbook 2010* zeigen, begann das Jahr 2009 mit dem Antritt der neuen Regierung in den Vereinigten Staaten für viele hoffnungsvoll. Darüber hinaus wurden für die Ziele Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung einige positive Signale gesetzt, die zu wichtigen Deklarationen und konkreten Handlungen zur Unterstützung dieser Ziele führten. Allerdings zeigte das Jahr 2009 auch wie schwierig es ist, dauerhafte Fortschritte bei der Bewältigung der zahlreichen globalen Herausforderungen zu erzielen.

Die Finanzkrise und die Wirtschaftsrezession, die den Großteil der Welt betrafen, schienen sich kaum auf die Höhe der Militärausgaben, der Rüstungsproduktion und der Rüstungsexporte auszuwirken. Allerdings hat die Krise vermutlich den Willen und die Fähigkeit der einflussreichen Regierungen und multilateralen Institutionen geschwächt, andere, nicht-militärische Ressourcen einzusetzen um den Herausforderungen und Unsicherheiten zu begegnen, die Gesellschaften und Individuen weltweit bedrohen.

Die Beiträge im *SIPRI Yearbook 2010* beschreiben die Welt an einem kritischen Wendepunkt. In Bezug auf die internationale Sicherheit steht die Welt vor einem anhaltenden Wandel des Wesens bewaffneter Konflikte und Instabilität hin zu einer breiteren Streuung der Mittel und der in Gewalt involvierten Akteure. Zivile Beiträge zu Friedenseinsätzen werden benötigt. Aber die internationale Gemeinschaft tut sich schwer mit deren Bereitstellung. Indessen bemüht sich auch die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft, für sich neue Rollen und Bindungen zu definieren, die

der Bedrohungslage in den kommenden Jahrzehnten angemessen sind. Viele dieser Herausforderungen stellen sich umfassend in den andauernden Schwierigkeiten bei der Stabilisierung Afghanistans dar.

Die weitere Erhöhung der Militärausgaben, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte wird davon abhängen, wie sich die globale Finanzlage und die Konflikte in Afghanistan und im Irak entwickeln. Das Jahr 2010 wird für Abrüstung und Nichtverbreitung außerdem wichtig sein, weil die Welt Fortschritte in der bilateralen Abrüstung zwischen Russland und den USA erwartet. Im Kontext einer erfolgreichen Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags wird die Welt außerdem Fortschritte bei Abrüstung und schärferen Kontrollen potentieller Atommächte erwarten. Die Abrüstungskonferenz in Genf wird, wie im 2009 verabschiedeten Arbeitsprogramm vorgeschrieben, in substantielle Verhandlungen treten müssen, zum Beispiel über einen Vertrag zum Verbot von spaltbarem Material für Kernwaffen. Neue Herausforderungen bei der Verbreitung von Dual-Use-Technologien erfordern, dass die internationale Gemeinschaft effektivere Mechanismen zur Verhinderung von deren Missbrauch entwickelt.



1. EINE WELT OHNE ATOMWAFFEN: UTOPIE ODER NOTWENDIGKEIT?

JAMES E. GOOBY

Im Oktober 1986 formulierten Michael Gorbatschow und Ronald Reagan in Reykjavik die Vision von der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen. Diese Vision lag brach bis zur Publikation zweier Artikel von George Shultz, Henry Kissinger, William Perry und Sam Nunn vom Januar 2007 und Januar 2008. Sie argumentierten, dass die Welt vor einem gefährlichen Wendepunkt stünde. Eine Reaktion auf die wachsende atomare Bedrohung erfordere ein nachhaltiges abgestuftes Programm und eine ernsthafte Verpflichtung zu einer Welt ohne Atomwaffen.

Russland und die USA haben sich nun mit dem Abschluss des „Neuen START-Vertrags“ darauf geeinigt, ihre Atomwaffenarsenale zu reduzieren. Dies könnte die Türen für eine weitergehende Reduktion der russischen und amerikanischen Bestände öffnen. In vielen Analysen wurde dies anhand von Modellen mit 1000 bis 0 Sprengköpfen untersucht. Verifizierung ist ein Hauptthema, aber es ist weniger schwierig als viele denken. Russland und die USA haben jahrelange Erfahrungen mit der Verifizierung der Zahl einsatzfähiger Atomsprengköpfe vorzuweisen. Faktisch wird die Verifizierung einfacher werden, wenn Fortschritte hin zur Abschaffung sämtlicher Sprengköpfe erzielt werden.

Wenn es keine weithin geteilte internationale Verpflichtung mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt gibt, wird der notwendige Schwung für weitere russisch-amerikanische Verhandlungen verloren gehen. Den Atomwaffenstaaten steht eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Viele davon könnten ohne Verzögerung durchgeführt

werden, wie etwa eine Vereinbarung über die Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für Waffen.

Auch wenn Atomwaffen abgeschafft würden, fielen die nukleare Abschreckung nicht weg. Sie würde in Form von funktionierenden Atomforschungslaboren und Fähigkeiten zur Produktion von Atomwaffen bei Bedarf über einen längeren Zeitraum weiter existieren. Vereinbarungen zu deren Regulierung werden notwendig sein. Eine atomwaffenfreie Welt bedeutet, dass Atomwaffen nicht einfach für den Einsatz verfügbar sind, auch nicht für diejenigen, welche die Fähigkeit bewiesen haben sie zu bauen.

Politisch wäre sicherlich ein höheres Maß an Kooperation der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen notwendig. Obwohl sich Steuerungsfragen meist auf den Sicherheitsrat konzentrieren, wird ein Großteil des Prozesses der Abschaffung von Atomwaffen auf regionalen Vereinbarungen beruhen, insbesondere im Nahen Osten, in Südasien und in Nordostasien.

Die Hindernisse auf dem Weg zur Beendigung der atomaren Bedrohung sind überwiegend politischer, nicht technischer oder militärischer Art. Kein Naturgesetz steht dem im Wege.



2. BEWAFFNETE KONFLIKTE, VERBRECHEN UND KRIMINELLE GEWALT

EKATERINA STEPANOVA

GRÖßERE BEWAFFNETE KONFLIKTE, 2009

Im Jahr 2009 fanden 17 größere bewaffnete Konflikte in 16 Ländern der Welt statt.

	Konfliktregion
<i>Afrika</i>	Ruanda*‡
	Somalia↑
	Sudan↓
	Uganda*‡
<i>Amerika</i>	Kolumbien↑
	Peru↓
	USA*↑
<i>Asien</i>	Afghanistan ↑
	Indien (Kaschmir)↓
	Myanmar (Karen Staat)
	Pakistan ↑
	Philippinen
	Philippinen (Mindanao)
<i>Naher Osten</i>	Sri Lanka („Tamil Eelam“)
	Irak↓
	Israel (Palästinensische Gebiete)
	Türkei (Kurdistan)*

Im Falle von Territorialkonflikten steht das umstrittene Gebiet in Klammern nach dem Ländernamen. In allen anderen Konflikten geht es um die Regierungsmacht.

* Kämpfe in diesen Konflikten fanden auch an anderen Orten statt.

↑ Zunahme der Zahl der Todesopfer infolge von Kampfhandlungen gegenüber 2008.

↓ Abnahme der Zahl der Todesopfer infolge von Kampfhandlungen gegenüber 2008.

‡ Konflikt inaktiv oder 2008 nicht als größerer Konflikt definiert.

Nur sechs der größeren bewaffneten Konflikte im Jahr 2009 waren Territorialkonflikte. In elf Konflikten wurde um die Regierungsmacht gekämpft. Tatsächlich überwiegen Konflikte um die Regierungsmacht gegenüber Territorialkonflikten in

Kriminelle Gruppen und profitorientierte Motive haben einen erheblichen Anteil der Gewalt in vielen Bereichen bewaffneter Konflikte. Die zunehmende Abhängigkeit bewaffneter nichtstaatlicher Akteure von schattenwirtschaftlichen Aktivitäten trägt zu einer Erosion der Grenzen zwischen politischer und krimineller Gewalt bei.

Traditionelle Unterscheidungen zwischen politisch-militärischen Gruppen, die um die Kontrolle eines Territoriums oder um Regierungsmacht kämpfen und kriminellen Akteuren, die in erster Linie illegal Profit erzielen wollen, verlieren in Konfliktregionen, speziell in schwachen und gescheiterten Staaten an Bedeutung. In einem komplexen Geflecht von fragmentierter Gewalt kämpfen Milizen und andere lokale Machthaber um Macht und Kontrolle über Ressourcen und nutzen die Gelegenheiten aus, die durch Unsicherheit und Kriegswirtschaft entstehen.

Auf globaler Ebene ist kriminelle Gewalt weitaus stärker verbreitet als organisierte politische Gewalt. Der Rückgang der Anzahl bewaffneter Konflikte seit den 1990er Jahren ging nicht mit einem Rückgang weltweiter Mordraten einher. Während das Niveau der globalen Kriminalität langsam steigt, zeigte sich 2009 ein bemerkenswerter Anstieg bei einigen Formen transnationaler Kriminalität, auch innerhalb bewaffneter Konflikte.

Wie die Zunahme der Piraterie in Somalia zeigt, können in der Öffentlichkeit präsente kriminelle Geschäfte in einigen Konfliktsituationen sogar breitere transnationale Folgen und Resonanzen haben als der Konflikt selbst.

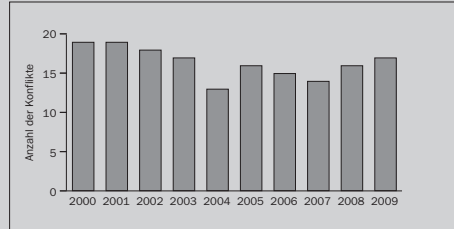


Der Fall Afghanistan zeigt die multifunktionale Rolle, welche die tief verwurzelte Opiumwirtschaft in Konflikt- und Postkonfliktsituationen spielt. Sie finanziert nicht nur bewaffnete oppositionelle Gruppen, sondern sie bringt den meisten lokalen politisch-militärischen Hauptakteuren Profite ein. Dazu gehören auch regierungstreue Akteure und kriminelle Handelsnetzwerke. In solchen Konfliktregionen können organisierte Verbrechen und Schattenwirtschaft nur effektiv bekämpft werden, wenn der Staat schon einige funktionale Grundelemente zurück gewonnen hat, wie etwa die Fähigkeit ein Mindestmaß an Recht und Ordnung herzustellen. Dies erklärt, warum der Kampf gegen organisierte, speziell transnationale Verbrechen nicht von Konfliktlösungsbemühungen getrennt vorgenommen werden sollte. Der Suche nach politischen Lösungen für Konflikte sollte Priorität eingeräumt werden. Sie sind zentrale Vorbedingungen für den Wiederaufbau und die Erweiterung der Funktionsfähigkeit des Staates, welche für die effektive Bekämpfung organisierter Verbrechen von essentieller Bedeutung ist.

Die mit dem Drogenschmuggel verbundene Gewalt in Mexiko zeigt, dass sogar in Abwesenheit eines Konfliktes um Regierungsmacht oder Territorium groß angelegte Akte krimineller Gewalt eine ebenso große Bedrohung für die menschliche Sicherheit sein können wie bewaffnete Konflikte. Solche Akte krimineller Gewalt, oftmals verbunden mit intensiver staatlicher Gegengewalt, verdienen eine eigene Kategorie in der Verbrechens- und Konfliktanalyse. Grundsätzlich sollte die Erforschung organisierter Verbrechen und krimineller Gewalt aktiver in die breitere Analyse kollektiv organisierter bewaffneter Gewalt in und über Konfliktregionen hinaus integriert werden.

neun von zehn Jahren zwischen 2000 und 2009.

Größere bewaffnete Konflikte, 2000–2009



DER GLOBALE FRIEDENSINDEX 2010

Der Globale Friedensindex (GPI) versucht zu bestimmen welche kulturellen Merkmale und Institutionen mit der Friedensfähigkeit von Staaten einhergehen. Er bringt 149 Staaten in eine Rangfolge nach ihrer relativen Friedensfähigkeit, die anhand von 23 Indikatoren gemessen wird.

Die „friedlichsten“ und „unfriedlichsten“ Staaten, 2009

Rang	Staat	Punktzahl
1	Neuseeland	1.188
2	Island	1.212
3	Japan	1.247
4	Österreich	1.290
5	Norwegen	1.322
16	Deutschland	1.392
85	USA	1.398
145	Pakistan	2.056
146	Sudan	3.050
147	Afghanistan	3.125
148	Somalia	3.252
149	Irak	3.390

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Anhang 2A, „Patterns of major armed conflicts, 2000–2009“, von Lotta Harbom und Peter Wallensteen vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP), gestützt auf die UCDP Database, <<http://www.ucdp.uu.se/database/>>, und aus dem Anhang 2B, „The Global Peace Index 2010“ von Tim Macintyre und Camilla Schippa vom Institute for Economics and Peace.



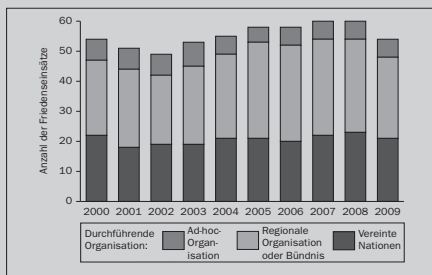
3. DIE ROLLE ZIVILER AKTEURE IN FRIEDENSEINSÄTZEN

SHARON WIHARTA UND STEPHANIE BLAIR

FRIEDENSEINSÄTZE, 2009

Im Jahre 2009 wurden 54 Friedenseinsätze in 34 verschiedenen Gebieten durchgeführt. Die Gesamtzahl aktiver Friedenseinsätze ging im Jahre 2009 zurück, nachdem sie zwischen 2002 und 2008 beständig angestiegen war.

Anzahl der Friedenseinsätze, 2000–2009



Friedenseinsätze, nach Region, 2009

Region	Zahl der Einsätze	Gesamtzahl des entsandten Personals
Afrika	16	85 562
Amerika	2	9 571
Asien	9	88 270
Europa	17	19 750
Naher Osten	10	16 125
Gesamt	54	219 278

Die Anzahl der insgesamt für Friedenseinsätze entsandten Personen stieg gegenüber 2008 um 16 Prozent und betrug Ende 2009 insgesamt 219.278. Davon waren 89 Prozent militärisches und 11 Prozent ziviles Personal. Da 2009 keine neuen Einsätze hinzukamen, ist die Erhöhung des eingesetzten Personals auf Truppenverstärkungen in den bestehenden Einsätzen zurückzuführen. Der deutlichste

Ziviles Personal spielt eine immer wichtigere Rolle in mehrdimensionalen und ganzheitlichen Einsätzen zur Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung. Diese Einsätze umfassen oftmals politische, humanitäre, entwicklungspolitische und militärische Aktivitäten um das Zielland beim Übergang vom Konflikt zum nachhaltigen Frieden zu unterstützen. Da die Mandate der Friedensmissionen zunehmend komplexer wurden, hat sich auch der Bedarf nach qualifizierter ziviler Expertise erhöht. Die Zahl der zivilen Maßnahmen, die der UN-Sicherheitsrat im Rahmen von UN-Friedenseinsätzen angeordnet hat und die Anzahl ziviler Missionen, die von regionalen Organisationen durchgeführt wurden, haben sich in den letzten fünf Jahren drastisch erhöht. Dies ging mit einer beinahe Verdoppelung des Zivilpersonals in globalen multilateralen Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen einher: derzeit gehören über 6.500 Menschen zum Zivilpersonal.

Im Jahre 2009 jährte sich die Veröffentlichung des zukunftsweisenden Brahimi-Berichts zum zehnten Male. Dieser hob erstmals die zentrale Bedeutung des zivilen Beitrags für die Effektivität von UN-Friedenseinsätzen hervor und forderte eine Verstärkung der Kapazitäten der UN in diesem Feld. 2009 war geprägt von anhaltender Aufmerksamkeit für die zivile Dimension. Zwar wurde diese Dimension durch eine Reihe kürzlich vorgenommener institutioneller Innovationen (auf multilateraler und nationaler Ebene) gestärkt um die Schwierigkeiten zu bewältigen, die es in früheren Einsätzen gab. Jedoch sind diese sich entwickelnden

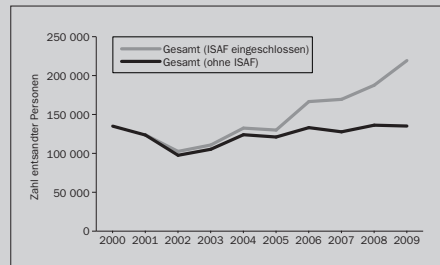


Strukturen weder angemessen gestaltet, noch mit adäquaten Ressourcen ausgestattet. Noch entscheidender ist, dass ein gemeinsames Verständnis von der Rolle des Zivilen fehlt: Wer sind die zivilen Experten und was ist ihre Rolle? Darüber hinaus lassen sich diese institutionellen Anpassungen nicht unbedingt in konkrete oder durchführbare Lösungen vor Ort übersetzen. Die UN-Mission im Sudan (UNMIS) veranschaulicht die operativen Herausforderungen bei der Erfüllung und Aufrechterhaltung der zivilen Komponente von Friedenseinsätzen und verdeutlicht, wie fehlende konzeptionelle Klarheit die Gesamtwirksamkeit einer Mission behindern kann.

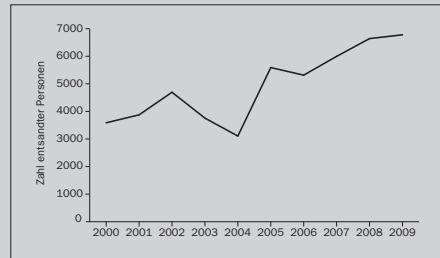
Die Stärkung der zivilen Dimension ist also eine größere Aufgabe, die über die rasche Entsendung geeigneter Experten in der jeweils benötigten Zahl hinausgeht. Sie erfordert, dass übergeordnete Strukturen überdacht und Verknüpfungen von Faktoren wie etwa die Finanzierung von Friedenseinsätzen und Rekrutierung überprüft werden. Ebenso ist eine kritische Analyse von Ziel und Zweck ziviler Aufgaben notwendig, um eine unnötige Mehrfachausführung von Tätigkeiten innerhalb einer Mission zu vermeiden.

Anstieg ist bei der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan zu verzeichnen. ISAF war 2009 fast vier mal so groß wie der zweitgrößte Einsatz und die Anzahl der ISAF Truppen (84.146) überstieg die Gesamtzahl der Truppen aller 12 UN-Friedenseinsätze (83.089).

Entsandtes Personal in Friedenseinsätzen, 2000–2009



Ziviles Personal in UN-Friedenseinsätzen, 2000–2009



Diese Daten und Fakten stammen aus dem Kapitel 3 und dem Anhang 3A, „Multilateral peace operations, 2009“, von Kirsten Soder und Krister Karlsson, und stützen sich auf die SIPRI Multilateral Peace Operations Database, <<http://www.sipri.org/databases/pko/>>.



4. EURO-ATLANTISCHE SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN: NEUAUSRICHTUNG IM GLOBALEN WANDEL

ALYSON J. K. BAILES UND ANDREW COTTEY

Im Jahr 2009 haben die wichtigsten Institutionen im euro-atlantischen Raum – die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO), die Europäische Union (EU) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – mehrere Jubiläen gefeiert. Aber sie hatten keinen Grund zur Euphorie. Angesichts der Rückschläge in Afghanistan und im Irak, dem Georgien-Konflikt von 2008 und der Weltwirtschaftskrise musste jede Institution ihre Strategien und mitunter sogar ihre Daseinsberechtigung überdenken.

Die NATO stand zu ihrem 60-jährigen Bestehen weiterhin vor militärischen und politischen Schwierigkeiten auf dem Weg zum Erfolg in Afghanistan. Es mehrten sich die Stimmen, welche die Realisierbarkeit ihrer Ziele in Frage stellten. Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland verbesserten sich, als die NATO den von US-Präsident Barack Obama angestrebten Neustart bekräftigte und die Pläne für eine schnelle Osterweiterung zurücknahm. Auch Obamas überarbeitete Raketenabwehrpläne waren weniger provozierend für Russland. Dennoch bleibt die Beziehung insgesamt fragil. Die NATO begann eine Debatte über die Überarbeitung ihres Strategischen Konzepts, welche schwierige und kontroverse Fragen über die Sicherheitsgarantien der NATO, ihre Nuklear-Doktrin und ihre neueren Sicherheitsaufgaben aufwerfen wird.

Die EU verfolgte vorsichtig ihre Erweiterungspläne mit den westlichen Balkanstaaten weiter und versuchte ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber der ehemaligen Sowjetunion wiederzubeleben. 2009 war das Jahr des zehnjährigen Bestehens der Gemeinsamen

Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Aber es konnten nur geringe Fortschritte bei der Harmonisierung der Militärausgaben und Verteidigungsstrukturen der Mitgliedstaaten verzeichnet werden. GSVP-Missionen haben sinnvolle Nischen gefüllt, aber sie stellen weiterhin nur einen kleinen Teil der allgemeinen Sicherheitspolitik der EU dar. Der Lissabon-Vertrag trat im Dezember 2009 in Kraft und schaffte neue politische Führungspositionen in Brüssel. Der Vertrag eröffnet neue Möglichkeiten für EU-„Solidaritätseinsätze“ um Mitgliedsstaaten in nicht-kriegsähnlichen Krisen zu helfen. Inwieweit diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden, wird jedoch auf nationaler Ebene entschieden werden.

Im November 2009 veröffentlichte Russland einen vollständigen Entwurf seines 2008 vorgeschlagenen europäischen Sicherheitsvertrags. Der Vertrag wird von vielen im Westen als Versuch angesehen, die strategischen Grenzen einzufrieren und gleichzeitig die Menschenrechts- und Reformprinzipien der OSZE herunterzuspielen. Dennoch wurde von vielen Seiten Interesse signalisiert, Optionen für einen inklusiveren gesamteuropäischen Sicherheitsansatz zu erkunden. Diese Diskussion wird innerhalb des „Korfu-Prozesses“, einem innerhalb der OSZE verankerten informellen Dialog, vorangetrieben.

EU, NATO und OSZE müssen die richtigen Schlüsse ziehen und neue dynamische Kraft entwickeln um ihr Fortbestehen zu rechtfertigen. Viele Sicherheitsbedrohungen erfordern eine weltweite Zusammenarbeit, zunehmend auch mit neuen „aufsteigenden“ Kräften.



SIPRI-DATENBANKEN

Die SIPRI-Datenbanken, welche die Grundlage für einen großen Teil der Forschung und Analysen von SIPRI bilden und eine einzigartige Quelle für Grunddaten zu Rüstung, Abrüstung und internationaler Sicherheit darstellen, sind verfügbar unter: <http://www.sipri.org/databases/>.

Fakten zu Internationalen Beziehungen und Sicherheitstrends (Facts on International Relations and Security Trends (FIRST))

Bietet ein Verbundsystem von Datenbanken zu Themen der internationalen Beziehungen und Sicherheit, die über eine einzige integrierte Benutzeroberfläche zugänglich sind.

SIPRI-Datenbank zu multilateralen Friedenseinsätzen (SIPRI Multilateral Peace Operations Database)

Bietet Informationen zu allen Friedenseinsätzen der UN und anderen Organisationen, die seit 2000 durchgeführt wurden. Sie enthält Daten zu Einsatzorten, Stationierungs- und Einsatzdauer, Mandat, teilnehmenden Staaten, Anzahl des entsandten Personals, Kosten und Opferzahlen.

SIPRI-Datenbank zu Militärausgaben (SIPRI Military Expenditure Database)

Liefert durchgehende Zeitreihen zu den Militärausgaben von 172 Staaten seit 1988. Diese ermöglichen den Vergleich staatlicher Militärausgaben: in lokaler Währung zu aktuellen Preisen; in US-Dollar zu konstanten Preisen und Wechselkursen; und als Anteil am BIP.

SIPRI-Datenbank zu Rüstungstransfers (SIPRI Arms Transfers Database)

Zeigt alle internationalen Rüstungstransfers in sieben Kategorien schwerer konventioneller Waffen seit 1950 an. Es ist die umfassendste öffentlich zugängliche Informationsquelle zu internationalen Rüstungstransfers.

SIPRI-Datenbank zu Waffenembargos (SIPRI Arms Embargoes Database)

Bietet Informationen zu allen multilateralen Waffenembargos, die seit 1988 verhängt wurden.

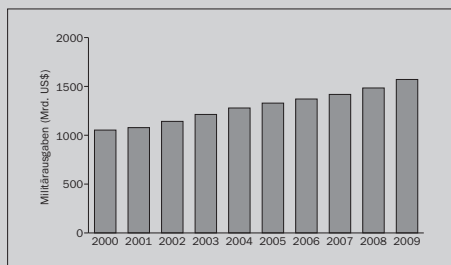


5. MILITÄRAUSGABEN

SAM PERLO-FREEMAN, OLAWALE ISMAIL UND CARINA SOLMIRANO

MILITÄRAUSGABEN, 2009

Militärausgaben, 2000–2009



Um einen Vergleich über längere Zeitspannen zu ermöglichen, sind die Werte im obigen Balkendiagramm in US-Dollar in konstanten Preisen (2008) angegeben.

Militärausgaben, nach Region, 2009

Region	Ausgaben, 2009 (Mrd. \$)
Afrika	27,4
Nordafrika	10,0
Afrika südlich der Sahara	17,4
Amerika	738
Zentralamerika und Karibik	5,6
Nordamerika	680
Südamerika	51,8
Asien und Ozeanien	276
Zentralasien	..
Ostasien	210
Ozeanien	20,4
Südasien	44,0
Europa	386
Osteuropa	60,0
West- und Zentraleuropa	326
Naher Osten	103
Welt gesamt	1531

Die Ausgaben sind in US-Dollar zum Tageskurs (2009) angegeben.

Die gesamten weltweiten Militärausgaben im Jahr 2009 werden auf 1.531 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dies entspricht einer Steigerung von sechs Prozent in realen Zahlen verglichen mit 2008 und einem Anstieg um 49 Prozent seit 2000. Militärausgaben machten 2009 rund 2,7 Prozent des Weltbruttosozialprodukts aus. In allen Regionen und Teilregionen, außer im Nahen Osten, war 2009 eine Steigerung zu verzeichnen.

Die Weltwirtschaftskrise hatte lediglich geringe Auswirkungen auf die weltweiten Militärausgaben 2009, da die meisten größeren Volkswirtschaften ihre öffentlichen Ausgaben stark erhöhten um der Krise zu begegnen und dafür den Schuldenabbau zu verschieben. Zwar stellten Militärausgaben keinen maßgeblichen Teil der staatlichen Konjunkturpakete dar, aber sie wurden ebenso wenig gekürzt. Neun der zehn Staaten mit den höchsten Militärausgaben erhöhten diese in 2009 weiter. Allerdings haben einige kleinere Volkswirtschaften, die weniger dazu in der Lage sind große Schuldenberge zu tragen, ihre Militärausgaben zurückgefahren.

Die Einkünfte aus dem Abbau natürlicher Rohstoffe scheinen in vielen Entwicklungsländern ein signifikanter Faktor für die Höhe der Militärausgaben zu sein. In den letzten Jahren waren die Erlöse aus Öl und anderen Rohstoffen aufgrund von Preiserhöhungen und Produktionssteigerungen stark angestiegen. Dies könnte zur Erhöhung der Militärausgaben zum Schutz der Ressourcen vor inneren oder äußeren Bedrohungen führen. Die Erlöse aus den Rohstoffen werden wiederum oftmals zur Finanzierung von Waffenkäufen verwendet. Der Fall der Rohstoffpreise im



Jahre 2009 hat diesen Trend in einigen Fällen verlangsamt.

Der Konflikt in Afghanistan erweist sich für viele der Staaten, die dort mit größeren Truppenkontingenten präsent sind, als zunehmend kostspielig. Dies hat auch zu Debatten bezüglich des Schwerpunkts von Militärausgaben geführt: entweder angemessene Ausrüstung für aktuelle Konflikte oder größere Waffensysteme zur Machtdemonstration. In Großbritannien hat die Kombination aus Afghanistan-Konflikt, hohen Schulden und einem überambitionierten Ausrüstungsprogramm diese Debatte verschärft.

Die Militärausgaben der USA steigen unter der Regierung von Präsident Obama weiter, teilweise aufgrund des eskalierenden Konflikts in Afghanistan. Für 2010 ist eine weitere Erhöhung der Ausgaben vorgesehen und die Militärausgaben sind von einem generellen Einfrieren der frei verfügbaren Haushaltsmittel ausgenommen. Beim Budget für 2010 wurden einige Prioritäten verschoben. So wurden einzelne Aufträge für größere Waffensysteme storniert und es wurde ein stärkerer Fokus auf Informations- und Kommunikationstechnologie gelegt. Es wurden aber keine größeren strategischen Neuausrichtungen vorgenommen.

Die Militärausgaben in Afghanistan und im Irak spiegeln die Anforderungen an den grundlegenden Wiederaufbau nationaler Streitkräfte infolge einer externen Invasion wider. Er muss kontinuierlich und in beträchtlichem Maße von außen finanziert werden.

75 Prozent der weltweiten Militärausgaben entfielen auf die zehn Staaten mit den höchsten Militärausgaben. Die Ausgaben der USA machen allein 43 Prozent der weltweiten Militärausgaben aus. Die Staaten auf den oberen Plätzen haben sich in den letzten Jahren nicht verändert, die europäischen Staaten sind jedoch im Vergleich zu den Anderen zurückgefallen.

Die 10 Staaten mit den höchsten Militärausgaben, 2009

Rang	Land	Ausgaben (Mrd. \$)	Weltanteil (%)
1	USA	661	43
2	China	[100]	[6,6]
3	Frankreich	63,9	4,2
4	Ver. Königreich	58,3	3,8
5	Russland	[53,3]	[3,5]
6	Japan	51,0	3,3
7	Deutschland	45,6	3,0
8	Saudi-Arabien	41,3	2,7
9	Indien	36,3	2,4
10	Italien	35,8	2,3
Welt gesamt		1531	

[] = SIPRI-Schätzung. Die Zahlen zu den Ausgaben sind in US-Dollar zum Tageskurs (2009) angegeben.

Die SIPRI-Zahlen zu Militärausgaben stützen sich auf Informationen, die aus öffentlichen Quellen zugänglich sind und in erster Linie von Regierungen bereitgestellt werden. Sie stellen eine niedrige Schätzung dar. Der wahre Umfang der Militärausgaben ist aufgrund von nicht einbezogenen Staaten und Ausgabenposten sicherlich weitaus höher. Dennoch können die Schätzungen von SIPRI den überwiegenden Teil der weltweiten Militärausgaben erfassen und Gesamtentwicklungen angemessen widerspiegeln.

Diese Zahlen und Daten stammen aus dem Anhang 5A, „Military expenditure data, 2000–2009“, von Sam Perlo-Freeman, Olawale Ismail, Noel Kelly und Carina Solmirano, und stützen sich auf die SIPRI Military Expenditure Database, <<http://www.sipri.org/databases/milex>>.



6. RÜSTUNGSPRODUKTION

SUSAN T. JACKSON

DIE SIPRI TOP 100 FÜR 2008

Die SIPRI Top 100 sind eine Rangliste der größten Waffenproduzenten der Welt (chinesische ausgenommen), gemessen am Volumen ihrer Waffenverkäufe.

Die 10 größten Waffenproduzenten der Welt, 2008

Unternehmen (Land)	Waffen- verkäufe (Mio. \$)	Gewinn (Mio. \$)
1 BAE Systems (GB)	32.420	3.250
2 Lockheed Martin	29.880	3.217
3 Boeing	29.200	2.672
4 Northrop Grumman	26.090	-1.262
5 General Dynamics	22.780	2.459
6 Raytheon	21.030	1.672
7 EADS (Westeuropa)	17.900	2.302
8 Finmeccanica (Italien)	13.240	996
9 L-3 Communications	12.160	949
10 Thales (Frankreich)	10.760	952

Die Unternehmen haben ihren Hauptsitz in den USA, abweichende Hauptsitze sind angegeben. Die aufgeführten Gewinne beziehen sich auf die gesamten Unternehmensaktivitäten, nicht-militärische Verkäufe eingeschlossen.

Almaz Anti hat seine Rüstungsverkäufe seit 2003 verdreifacht. Im Jahr 2008 erreichten diese ein Volumen von 4,3 Milliarden US-Dollar. Damit ist es als erstes russisches Unternehmen unter die größten 20 Rüstungsunternehmen aufgestiegen. In der SIPRI Top 100 Liste von 2008 taucht kein australisches Unternehmen mehr auf, da die Firma Tenix Defence Systems Anfang 2008 vom britischen Konzern BAE Systems übernommen wurde. 2008 ist zudem Hewlett-Packard nach der Übernahme des Rüstungsunternehmens EDS, das zuvor auf der Liste stand, zu den SIPRI Top 100 hinzugefügt worden.

Im Jahr 2008 haben die 100 größten Rüstungsunternehmen der Welt (chinesische ausgenommen) den Trend zur Steigerung ihrer Waffenverkäufe fortgeführt. Deren Gesamtwert stieg um 39 Milliarden auf 385 Milliarden US-Dollar. Während die amerikanischen Unternehmen wieder die SIPRI Top 100 dominieren, führte zum ersten Mal ein Unternehmen ohne Hauptsitz in den USA die Liste an – BAE Systems aus Großbritannien.

13 Unternehmen steigerten 2008 den Wert ihrer Rüstungsverkäufe um mehr als eine Milliarde US-Dollar. 23 erhöhten ihn um mehr als 30 Prozent. Im Gegensatz dazu waren bei nur sechs Unternehmen in den SIPRI Top 100 die Waffenverkäufe rückläufig. Zwei dieser Unternehmen – SAFRAN in Frankreich und Boeing in den USA – haben Rückgänge im Wert von über einer Milliarde US-Dollar zu verzeichnen.

Die Konflikte in Afghanistan und Irak haben weiterhin einen starken Einfluss auf den Verkauf von militärischer Ausrüstung wie etwa gepanzerte Fahrzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) und Hubschrauber. Zur gleichen Zeit sind von militärischen Dienstleistungsunternehmen registrierte Waffenkäufe kontinuierlich gestiegen, ebenso wie die Waffenverkäufe von russischen Firmen an einheimische und ausländische Kunden.

Die Zahl der transnationalen Fusionen und Übernahmen ist 2009 nach Höchstständen zu Beginn des Jahrzehnts wieder gefallen. Übernahmen von amerikanischen durch britische Unternehmen gingen zurück. Es gab jedoch mehr Zusammenschlüsse in der israelischen, russischen und amerikanischen Rüstungsindustrie.



Zudem haben Rüstungsunternehmen kontinuierlich ihre Geschäftsbereiche in die Sicherheitsindustrie ausgedehnt.

Obwohl seit Beginn der weltweiten Finanzkrise und der Wirtschaftsrezession über ein Jahr vergangen ist, zeigt eine erste Bilanz, dass viele Rüstungsunternehmen ihre Waffenverkäufe 2009 weiter erhöhten. Anhaltend hohe Militärausgaben (insbesondere in den USA – dem größten Waffenbeschaffer und Staat mit den höchsten Militärausgaben) und die andauernden Konflikte in Afghanistan und Irak erklären diese kontinuierliche Steigerung teilweise. Allerdings schützen folgende Faktoren die Rüstungsindustrie vor direkten Auswirkungen schwerer Wirtschaftskrisen: ihr Nachfrage-monopol, die durchweg enge Beziehung zwischen Regierungen und Rüstungsproduzenten und die als wichtig erachtete Rolle der Rüstungsindustrie für die nationale Sicherheit. Dieser Status spiegelt sich im anhaltend hohen Niveau der Waffenverkäufe, in großen Gewinnen, in umfangreichen Auftragsbeständen und in starken Cashflows, welche die Rüstungsproduktion generiert, wider.

Nationale oder regionale Anteile an Rüstungsverkäufen der SIPRI Top 100 für 2008

Region/ Land	Anzahl der Unter- nehmen	Waffen- verkäufe (Mrd. \$)
USA	44	229,9
Westeuropa	34	122,1
Russland	7	10,8
Japan	4	7,0
Israel	4	6,9
Indien	3	4,2
Südkorea	2	1,8
Singapur	1	1,3
Kanada	1	0,7
Gesamt	100	384,7

Die Angaben für ein Land oder eine Region beziehen sich auf die Waffenverkäufe der 100 größten Unternehmen mit Hauptsitz in diesem Land oder dieser Region, einschließlich der in ausländischen Tochterfirmen hergestellten Waffen. Sie spiegeln daher nicht den Verkauf der tatsächlich in dem Land oder der Region produzierten Waffen wider.

ÜBERNAHMEN IN DER RÜSTUNGSINDUSTRIE, 2009

Es gab im Jahr 2009 keine Übernahme von Rüstungsunternehmen mit einem Wert von über einer Milliarde US Dollar.

Die größten Übernahmen in der Rüstungsindustrie innerhalb der OECD, 2008

Käuferunter- nehmen	Erworbenes Unternehmen	Wert der Transaktion (Mio. \$)
Precision Castparts Corp.	Carlton Forge Works	850
General Dynamics	Axsys Tech.	643
BAE Systems	BVT Surface Fleet	558
Goodrich Corp.	Atlantic Inertial Systems	375

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Kapitel 6, Anhang 6A, „The SIPRI Top 100 arms producing companies, 2008“, von Susan T. Jackson und dem SIPRI Arms Industry Network, sowie aus dem Anhang 6B, „Major arms industry acquisitions, 2009“, von Susan T. Jackson.

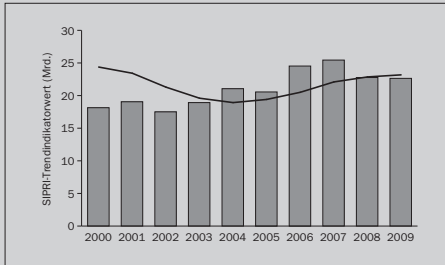


7. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

PAUL HOLTOM, MARK BROMLEY, PIETER D. WEZEMAN UND SIEMON T. WEZEMAN

EXPORTEURE UND IMPORTEURE VON SCHWEREN KONVENTIONELLEN WAFFEN

Entwicklung des Handels mit schweren konventionellen Waffen, 2000–2009



Balkendiagramm: jährliche Gesamtsumme;
Liniendiagramm: Veränderung im Fünfjahresdurchschnitt (angezeigt im letzten Jahr jeder Fünfjahresperiode).

Die fünfgrößten Exporteure von schweren konventionellen Waffen, 2005–2009

Exporteure	Anteil am weltweiten Waffen-export (%)	Hauptimporteure (Anteil an den Gesamtlieferungen des Exporteurs)
USA	30	Südkorea (14%) Israel (11%) VAE (11%)
Russland	23	China (35%) Indien (24%) Algerien (11%)
Deutschland	11	Türkei (14%) Griechenland (13%) Südafrika (12%)
Frankreich	8	VAE (25%) Singapur (21%) Griechenland (12%)
Ver. Königreich	4	USA (23%) Indien (15%) Saudi Arabien (10%)

Der Umfang des internationalen Handels mit schweren konventionellen Waffen steigt weiter an. Der Jahresdurchschnitt für 2005–2009 lag um 22 Prozent höher als der für die Jahre 2000–2004.

Die Vereinigten Staaten und Russland bleiben bei weitem die größten Exporteure, gefolgt von Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Zusammen machten diese fünf Länder 76 Prozent des gesamten Exportvolumens für die Jahre 2005–2009 aus. Obwohl die dominante Position der beiden erstplatzierten Exporteure, USA und Russland, in der nahen Zukunft wohl kaum herausgefordert werden dürfte, steigt die Zahl der nachgeordneten Rüstungsanbieter.

Die Hauptempfängerregionen für den Zeitraum 2005–2009 waren Asien und Ozeanien, gefolgt von Europa und dem Nahen Osten. Die Hauptempfängerländer für 2005–2009 waren China, Indien, Südkorea, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Griechenland. Es wird erwartet, dass Länder in Asien und im Nahen Osten weiterhin die größten Importeure weltweit bleiben werden.

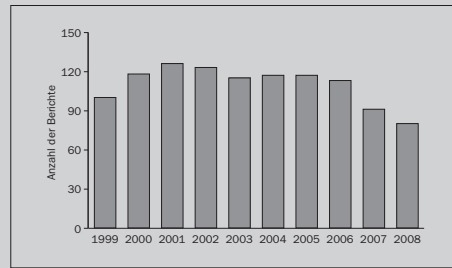
Israel, Singapur und Algerien waren im Zeitraum 2000–2004 noch nicht unter den zehn größten Importeuren, lagen jedoch 2005–2009 auf dem sechsten, siebten und neunten Rang. Jüngste Rüstungsbeschaffungen bestimmter Staaten in Lateinamerika, im Nahen Osten, in Nordafrika und in Südostasien legen die Entstehung einer Struktur reaktiver Rüstungsbeschaffung nahe, welche zu einem regionalen Rüstungswettbewerb führen könnte. In den letzten Jahren wurden Bedenken geäußert, dass die regionalen Rivalen Algerien und Marokko sich in einem



„Rüstungswettlauf“ befinden. Die SIPRI-Daten zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Rüstungstransfers nach Nordafrika im Zeitraum von 2005–2009 für Algerien bestimmt war. Jedoch hat Marokko in den letzten Jahren beträchtliche Bestellungen für Kampfflugzeuge, Raketen und Marineschiffe aufgegeben. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass diese Beschaffungen selbst zu einem Konflikt führen, tragen sie nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten bei. Darüber hinaus werden diese Beschaffungen wahrscheinlich die Planungen Libyens beeinflussen.

Der Irak ist bei der Bereitstellung von Ausrüstung zum Wiederaufbau seiner Streitkräfte weiterhin von den USA abhängig, hat aber auch Waffen aus Russland, der Ukraine, Ungarn, Italien, Polen und der Türkei erhalten. Die ehrgeizigen irakischen Beschaffungspläne wurden jedoch von der Wirtschaftskrise und fallenden Rohölpreisen gedämpft. Dennoch erzeugt der Zeitplan für den Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak ein Gefühl der Dringlichkeit bei internationalen Bemühungen, den Irak mit Waffen und militärischer Ausrüstung zu versorgen, die er für die Erfüllung seiner vermeintlichen internen und externen Sicherheitsbedürfnisse benötigt.

Berichte an das UNROCA, 1999–2008



TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSTRANSFERS

Amtliche und öffentlich zugängliche Daten zu Rüstungstransfers sind wichtig um die Rüstungsexport- und Rüstungsimportholitik von Staaten zu bewerten. Allerdings ist die Veröffentlichung von Daten zu Rüstungsverkäufen und -einkäufen ein sensibles Thema für fast alle Staaten.

Das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen (UNROCA) ist der zentrale internationale Mechanismus für öffentliche Transparenz bei Rüstungstransfers. Der jüngste Abwärtstrend in der Beteiligung der Staaten an UNROCA setzte sich 2009 fort. Bis zum 31. Dezember 2009 hatten nur 79 Staaten Berichte über ihre Rüstungstransfers des Jahres 2008 eingereicht.

Seit den frühen 1990er Jahren hat eine steigende Zahl von Regierungen nationale Berichte zu Rüstungsexporten veröffentlicht. Bis Januar 2010 hatten 32 Staaten mindestens einen nationalen Bericht zu ihren Rüstungsexporten seit 1990 veröffentlicht. 28 Staaten haben dies seit 2006 getan.

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Kapitel 7, Anhang 7A, „The suppliers and recipients of major conventional weapons“, vom SIPRI Arms Transfers Programme, und aus dem Anhang 7C, „Transparency in arms transfers“, von Mark Bromley und Paul Holtom, und stützen sich teilweise auf die SIPRI Arms Transfers Database, <<http://www.sipri.org/databases/armstransfers/>>.



8. ATOMSTREITKRÄFTE WELTWEIT

SHANNON N. KILE, VITALY FEDCHENKO, BHARATH GOPALASWAMY UND
HANS M. KRISTENSEN

ATOMSTREITKRÄFTE DER WELT, 2010

Stationierte Sprengköpfe, Januar 2010

Staat	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamt
USA	2.468	7.100	9.600
Russland	4.630	7.300	12.000
Ver. Königreich	160	65	225
Frankreich	300	–	300
China	..	200	240
Indien	..	60–80	60–80
Pakistan	..	70–90	70–90
Israel	..	60	80
Gesamt	7.560	14.900	22.600

Alle Angaben sind Schätzwerte.

WELTWEITE BESTÄNDE SPALTBAREN MATERIALS, 2009

Nach dem Stand von 2009 betragen die weltweiten Bestände von hochangereichertem Uran insgesamt ungefähr 1.370 Tonnen (abzüglich der 227 Tonnen, die zu natürlichem Uran zurückverarbeitet werden sollen). Die weltweiten militärischen Bestände von abgeschiedenem Plutonium machen ungefähr 255 Tonnen aus, die Zivilbestände 248 Tonnen.

ATOMTESTS, 1945–2009

Im Mai 2009 hat Nordkorea einen Atomtest durchgeführt, der weithin als seine zweite nukleare Testexplosion gilt. Dieser erhöhte die Gesamtzahl der nuklearen Testexplosionen, die seit 1945 durchgeführt wurden auf 2054.

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Kapitel 8, Anhang 8A, „Global stocks of fissile materials, 2009“, von Alexander Glaser und Zia Mian vom International Panel on Fissile Materials, und aus dem Anhang 8B, „Nuclear explosions, 1945–2009“, von Vitaly Fedchenko.

Im Januar 2010 besaßen acht Staaten – die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan und Israel – mehr als 7.500 einsatzbereite Atomwaffen. Wenn alle atomaren Sprengköpfe gezählt werden, also einsatzbereite Sprengköpfe, Reserven – in aktiver und inaktiver Lagerung – sowie intakte Sprengköpfe, die zur Demontage vorgesehen sind, dann besitzen diese Staaten insgesamt mehr als 22.000 Sprengköpfe.

Die fünf im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) von 1968 rechtlich anerkannten Atomwaffenstaaten – China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA – sind entweder dabei neue Nuklearwaffensysteme in Dienst zu stellen oder haben angekündigt, dies zu tun. Keiner von ihnen scheint dazu bereit zu sein, seine atomaren Waffenarsenale in der Zukunft aufzugeben.

Indien und Pakistan, die gemeinsam mit Israel de facto Atomwaffenstaaten außerhalb des Nichtverbreitungsvertrags sind, führen die Entwicklung neuer tragfähiger Raketensysteme für Nuklearwaffen fort. Sie sind außerdem dabei ihre Kapazitäten zur Produktion von spaltbarem Material auszuweiten. Israel scheint abzuwarten um die weiteren Entwicklungen bezüglich des iranischen Atomprogramms bewerten zu können. Von Nordkorea wird angenommen, dass es ausreichend Plutonium produziert hat, um eine kleine Anzahl atomarer Sprengköpfe zu bauen. Jedoch ist unbekannt, ob es über einsatzfähige Waffen verfügt.



9. ATOMARE RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

SHANNON N. KILE

Im Jahr 2009 kam neue Bewegung in die weltweiten Bemühungen zur Förderung von atomarer Abrüstung und Nichtverbreitung. Russland und die USA begannen offizielle Verhandlungen über einen neuen Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen. Er soll dem Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START) von 1991 und dem Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT) von 2002 nachfolgen. Hauptstreitpunkte sind die Vereinfachung der Verifizierungsbestimmungen des START-Vertrags und die Anpassung seiner Vorschriften für die Berechnung der Zahl einsatzbereiter atomarer Sprengköpfe. Beiden Parteien ist es nicht gelungen, die Verhandlungen vor dem Auslaufen von START im Dezember 2009 abzuschließen, sie haben dies aber schließlich im Frühjahr 2010 zustande gebracht. Der daraus hervorgehende Neue START-Vertrag, der moderate zusätzliche Reduzierungen der einsatzbereiten russischen und amerikanischen strategischen Atomsprengköpfe und der dazugehörigen Trägersysteme vereinbarte, wurde am 8. April 2010 in Prag unterzeichnet.

Zu weiteren positiven Entwicklungen von 2009 zählt das Inkrafttreten von zwei neuen Verträgen über atomwaffenfreie Zonen, einen für Zentralasien und einen für Afrika. Im September 2009 hat der UN-Sicherheitsrat einstimmig eine politisch verbindliche Resolution verabschiedet. Sie kodifiziert einen breiten Konsens über eine Bandbreite von Maßnahmen zur Förderung von atomarer Abrüstung und Nichtverbreitung, sowie zur Bekämpfung der Bedrohung durch nuklearen Terrorismus. Ein

offenkundiger Durchbruch wurde auch bei der Abrüstungskonferenz in Genf erzielt. Die 65 Mitgliedstaaten einigten sich nach zwölfjährigem Stillstand auf offene Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot der Produktion spaltbaren Materials für Kernwaffen (FMCT). Allerdings wurden die Verhandlungen anschließend durch verfahrenstechnische Vorbehalte Pakistans blockiert.

Im Jahr 2009 gab es wenige Fortschritte hinsichtlich der Klärung der Kontroversen über die Atomprogramme von Iran und Nordkorea, die schon seit langem im Zentrum der internationalen Sorge über die Verbreitung von Atomwaffen stehen. Diese Sorge wurde zusätzlich erhöht durch Nordkoreas Entscheidung im Mai 2009 einen zweiten Atomtest durchzuführen und die Herstellung von Plutonium für Atomwaffen wieder aufzunehmen. Die Kontroverse über Reichweite und Natur der iranischen nuklearen Aktivitäten verschärfte sich im Laufe des Jahres durch die Enthüllung, dass Iran eine zuvor nicht deklarierte Urananreicherungsanlage baut. Im November 2009 kritisierte der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) Iran dafür, dass er seine Sicherheitsgarantien nicht erfüllt hat und den Auflagen, die ihm zuvor vom Gouverneursrat und dem UN-Sicherheitsrat bezüglich der Einstellung aller Aktivitäten zur Urananreicherung gemacht wurden, nicht nachgekommen ist.



10. VERRINGERUNG DER SICHERHEITSBEDROHUNGEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE WAFFEN

JOHN HART UND PETER CLEVESTIG

Auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene führten die Staaten 2009 die Entwicklung von Strategien zur Prävention des Missbrauchs chemischer und biologischer Materialien und zur Vermeidung der Auswirkungen eines möglichen Missbrauchs fort. Relativ erfolgreich behielten die Parteien des Chemiewaffenübereinkommens (CWC) von 1993 und des Biowaffenübereinkommens (BTWC) von 1972 folgende Schwerpunkte bei: Kapazitätsaufbau, das Erreichen universeller Mitgliedschaft und eine effektive Umsetzung der nationalen Verpflichtungen. Diese schließen Verpflichtungen bezüglich der Sicherheit von Materialien mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use-Materialien) ein.

Die Regierung von US-Präsident Barack Obama präsentierte im Dezember 2009 ihre viel beachtete Politik bezüglich des BWTC. Die Europäische Union (EU) erarbeitete währenddessen eine Mitteilung, die auf den Empfehlungen einer EU-Arbeitsgruppe zu chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen (CBRN) basiert.

Indien war 2009 der dritte Vertragsstaat des CWC, der die Vernichtung seiner deklarierten chemischen Waffenbestände abgeschlossen hat. Der Irak ist dem Übereinkommen beigetreten und hat bekanntgegeben, dass er chemische Waffen besitzt (Überbleibsel aus dem vorherigen Regime, die unter UN-Verschluss sind). Die Vertragsstaaten des BWTC trafen sich 2009 um über die Verbesserung der internationalen Kooperation, der Unterstützung und des Austauschs über friedliche Zwecke im

Bereich der Biowissenschaften und in verwandten Technologien zu beraten.

Sicherheitsexperten und Regierungsvertreter untersuchten die Auswirkungen von Krankheitsausbrüchen im Kontext der Vorbereitung auf Fälle biologischer Kriegsführung und der Reaktionen darauf. Im Jahr 2009 entwickelten die Staaten Mechanismen zur Zulassung und Überwachung der wissenschaftlichen Forschung, der chemischen Industrie und der Biotechnologie – inklusive Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Gentechnik – aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Sicherheit.

Eine Schwerpunktsetzung auf Kontrolle und Überwachung von chemischen und biologischen Materialien bringt eine verminderte Aufmerksamkeit für traditionelle staatliche Militärprogramme mit sich. Hinzu kommt, dass viele Unsicherheiten mit dem internationalen Handel allgemein verbunden sind. Die negativen Effekte von Aussagen zur Bedrohungsbewertung, die gegenüber nichtstaatlichen Akteuren zur Nutzung chemischer und biologischer Waffen (CBW) getätigt wurden, sowie Ängste, die ihre Nutzung hervorrufen würde, könnten gemindert werden, wenn die Schwankungen der Wirkung von CBRN-Waffen besser verstanden würden.

Auch operative Herausforderungen, die mit Umfang und Art des Handels mit Dual-Use-Materialien und mit immateriellem Technologietransfer verbunden sind, könnten Gefährdungsanalysen beeinflussen. Dies würde im Gegenzug helfen, ein ausgewogenes Verständnis vom Ausmaß der Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens durch CBW zu fördern.



11. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE

ZDZISLAW LACHOWSKI

Die Aussichten für Fortschritte in der Europäischen Rüstungskontrolle schienen 2009 besser als in den vorangegangenen Jahren, obwohl das Vertragsregime über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 seit Dezember 2007 in der Schwebe ist, als Russland einseitig seine Teilnahme aussetzte. Als Teil des Korfu-Prozesses, einem umfassenden Dialog über Europäische Sicherheit, wurde die Bedeutung der Rüstungskontrolle für die Europäische Sicherheit von allen Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erneut anerkannt. Beim OSZE-Ministerrat 2009 in Athen haben diese Staaten ihr Streben nach der Überwindung des lang anhaltenden Stillstands bei den zentralen Regimen – beim KSE-Vertrag und beim Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (CSBMs) – bekräftigt. In Bezug auf erweiterte Sicherheit besteht Russland darauf einen euro-atlantischen Gipfel einzuberufen, der einen Europäischen Sicherheitsvertrag beschließen soll. Die westlichen Staaten demonstrierten Vorsicht und Zurückhaltung und machten ihre Zustimmung von der Verhältnis-mäßigkeit des Inhalts und der Reichweite einer möglichen Vereinbarung abhängig.

Die Vereinigten Staaten begannen mit einer gründlichen Überprüfung ihrer Rüstungskontrollagenda. Im Februar 2010 wurde von den USA ein Sondergesandter für konventionelle Streitkräfte in Europa eingesetzt, um Beratungen mit der NATO, den europäischen Partnern und Russland über ein zukünftiges KSE-Regime aufzunehmen.

Weitere Schritte wurden unternommen um den subregionalen Rüstungskontrollrahmen des westlichen Balkans selbständiger zu gestalten. Europäische sicherheitsrelevante Maßnahmen, die mit Rüstungskontrolle verbunden sind, zielen darauf ab sowohl auf traditionelle als auch auf neue Bedrohungen, Risiken und Herausforderungen zu reagieren. Allerdings gibt es weiterhin keine Fortschritte in Bezug auf das Wiener Dokument über CSBMs. Die OSZE-Mitglieder streben nach einer Abwehr dimensionsübergreifender Bedrohungen, die zunehmend lokaler und subregionaler Art sind. Angesichts abnehmender Normsetzungstätigkeit bleibt die praktische Unterstützung, welche die euro-atlantischen Staaten durch die Durchführung ausgewählter Projekte erhalten, eine Haupttätigkeit für die Verbesserung von Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region.

Die Bemühungen bei der Kontrolle „unmenschlicher Waffen“ wurden 2009 fortgesetzt, allerdings mit weniger Dynamik als beim „Oslo-Prozess“ zu Streumunition im Jahr 2008. Graswurzel-„Prozesse“ und Versammlungen mit traditionellen zwischenstaatlichen Verträgen und Protokollen stehen miteinander im Wettbewerb. Sie haben einen wechselseitig verstärkenden moralischen Einfluss, da sie danach streben, die Probleme des menschlichen Leids und die Verbesserung der Lebensbedingungen in Konfliktregionen und überall auf der Welt anzugehen.



12. KONTROLLE SICHERHEITSRELEVANTER INTERNATIONALER EXPORTE

SIBYLLE BAUER UND IVANA MIČIĆ

MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS, 2009

2009 waren 29 bindende multilaterale Waffenembargos in Kraft, die sich gegen insgesamt 17 Akteure (Regierungen, nichtstaatliche Gruppen und ein transnationales Netzwerk) richteten. Die Vereinten Nationen verhängten zwölf dieser Embargos, die Europäische Union (EU) 16 und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) eines.

Im Jahr 2009 hat der UN-Sicherheitsrat erstmals seit 2006 wieder ein neues Waffenembargo verhängt, nämlich gegen Eritrea. Die UN haben ihr Waffenembargo gegen Nordkorea (Demokratische Volksrepublik Korea, DPRK) erweitert und das Waffenembargo gegen die Regierung von Liberia aufgehoben.

Neun der 16 EU-Embargos sind direkte Umsetzungen von UN-Waffenembargos. Darüber hinaus unterschieden sich zwei EU-Waffenembargos von UN-Embargos in Umfang und Reichweite. Fünf haben kein UN-Pendant. 2009 hat die EU ein neues Waffenembargo gegen Guinea ausgesprochen und das gegen Usbekistan aufgehoben. Auch ECOWAS hat ein neues Waffenembargo gegen Guinea verhängt.

Wie in vorherigen Jahren wurden mehrere Verletzungen der UN-Waffenembargos erfasst. Zum Beispiel führten Frachtsinspektionen zur Entdeckung von Verstößen gegen die UN Embargos auf Waffenexporte durch den Iran und Nordkorea.

Angesichts der Vielzahl der Akteure, die in proliferationsrelevante Geschäfte involviert sind und der ihnen innewohnenden Komplexität, sind nicht nur konzeptionelle und sprachliche Anpassungen erforderlich. Es braucht auch Änderungen relevanter Gesetze, Genehmigungen und Durchsetzungsmechanismen. Der Fokus der Nichtverbreitungsanstrengungen hat sich von der physikalischen Bewegung von Gütern hin zur Analyse verschoben, welche Elemente eines Geschäftsvorgangs relevant sein könnten und daher Kontrollen unterliegen sollten. Diese Entwicklungen stellen nicht nur Herausforderungen dar, sondern bieten auch neue Möglichkeiten für internationale Kooperation.

Staaten treffen sich in bestimmten Foren um zu diskutieren, wie sie effektive Exportkontrollen für Güter gewährleisten können, die in nuklearen, biologischen und chemischen Waffen oder in den dazugehörigen Trägersystemen verwendet werden könnten. Die wichtigsten dieser Foren sind die Australiengruppe (AG), das Raketen-technologie-Kontrollregime (MTCR), die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (NSG) und das Wassenaar-Abkommen (WA) über Exportkontrollen für konventionelle Waffen sowie für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use). Forenübergreifend werden die Themen immaterieller Technologietransfer (ITT), Regeldurchsetzung und Strafmaßnahmen, beste und bewährte Verfahren für effektive Exportkontrollen und die Einbindung nicht-teilnehmender Staaten diskutiert. In den letzten Jahren hat auch die Europäische Union (EU) auf der



Arbeitsebene ihre Kooperation mit Nicht-EU-Staaten durch Programme zur technischen Unterstützung verstärkt.

Die EU hat 2009 eine aktualisierte und verschärfte Version der EU-Dual-Use-Verordnung aus dem Jahre 2000 verabschiedet. Das überarbeitete Dokument bestimmt EU-weite Befugnisse, die Ausfuhr von und den Handel mit Dual-Use-Gütern zu kontrollieren, die für die Verwendung in Massenvernichtungswaffen oder in ihren Trägersystemen vorgesehen sein könnten. Im Jahr 2009 ist auch eine neue EU-Richtlinie zur Vereinfachung des Handels mit Verteidigungsgütern innerhalb der EU in Kraft getreten.

Multilaterale Waffenembargos, die im Jahr 2009 in Kraft waren

Waffenembargos der Vereinten Nationen

Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen
Côte d'Ivoire
Demokratische Republik Kongo*
Eritrea
Iran (bezogen auf Technologien für Trägersysteme von Nuklearwaffen)
Irak*
Nordkorea
Libanon*
Liberia*
Sierra Leone*
Somalia
Sudan (Darfur)

Waffenembargos der Europäischen Union

Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen
China
Demokratische Republik Kongo*
Côte d'Ivoire
Guinea
Iran
Irak*
Nordkorea
Libanon*
Liberia
Myanmar
Sierra Leone*
Simbabwe
Somalia
Sudan
Usbekistan

Waffenembargos der ECOWAS

Guinea

* = Nichtstaatliche Truppen.

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Anhang 12A, „Multilateral arms embargoes“, von Pieter D. Wezeman und Noel Kelly.



ANHÄNGE

NENNE BODELL

Anhang A "Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen" beinhaltet Zusammenfassungen multi- und bilateraler Verträge, Konventionen, Protokolle und Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, sowie Listen der Unterzeichner- und Vertragsstaaten.

Anhang B „Internationale Sicherheitsorganisationen“ beschreibt die größten internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen, Vertragsorgane und Exportkontrollregime, deren Ziele die Förderung von Sicherheit, Stabilität, Frieden oder Rüstungskontrolle umfassen, sowie Listen ihrer Mitglieder oder Teilnehmer.

Anhang C, „Chronologie 2009“, führt bedeutende Ereignisse in Bezug auf Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit im Jahr 2009 auf.

Diese Anhänge sind im *SIPRI Yearbook 2010* enthalten.

Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die am 1. Januar 2010 in Kraft waren

- | | | | |
|------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1925 | Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll 1925) | 1967 | Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag) |
| 1948 | Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermord Konvention) | 1967 | Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco) |
| 1949 | Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten | 1968 | Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/
Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NPT) |
| 1959 | Antarktis-Vertrag | 1971 | Vertrag zum Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag) |
| 1963 | Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststoppvertrag, PTBT) | 1972 | Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen, BTWC) |
| | | 1974 | Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT) |
| | | 1976 | Vertrag über unterirdische Kernexplosion zu friedlichen Zwecken (PNET) |
| | | 1977 | Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (Enmod-Konvention) |



- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW Übereinkommen oder Konvention über „unmenschliche Waffen“)
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (Treaty on Open Skies)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen-Konvention, CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasiens (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Florenz Abkommen)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-Landminen-Konvention, Ottawa-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT-Vertrag, Moskauer Vertrag)
- 2006 ECOWAS Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- Verträge, die am 1. Januar 2010 nicht in Kraft waren**
- 1972 Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen (ABM-Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START I-Vertrag)
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II-Vertrag)
- 1996 Umfassender Teststoppvertrag (CTBT)
- 1999 Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags
- 2008 Übereinkommen über Streumunition (CCM)
- 2010 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag, Prager Vertrag)



SO KÖNNEN SIE BESTELLEN

SIPRI Yearbook 2010: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht im Juli 2010 bei Oxford University Press im Auftrag des SIPRI

ISBN 978-0-19-958112-2, gebundene Ausgabe, 580 Seiten, £100/\$185

Käufer der Buchausgabe können das Jahrbuch auch online einsehen.

Das *SIPRI Yearbook 2010* kann im Buchhandel, bei den meisten Online-Buchhändlern oder direkt bei Oxford University Press bestellt werden.

Online Bestellungen

OUP UK: <<http://www.oup.co.uk/>>

OUP USA: <<http://www.oup.com/us/>>

Telefonische Bestellungen

OUP UK: +44 1536-741 017

OUP USA: +1 800-451 7556

Fax Bestellungen

OUP UK: +44 1536-454 518

OUP USA: +1 919-677 1303

Email Bestellungen

OUP UK: book.orders@oup.co.uk

OUP USA: customers@oup-usa.org

Weitere Informationen erhalten Sie unter <<http://www.sipri.org/yearbook/>>

Übersetzungen

Das *SIPRI Yearbook 2010* wird in folgende Sprachen übersetzt:

- Arabisch vom Centre for Arab Unity Studies (CAUS), Beirut, <<http://www.caus.org.lb/>>
- Chinesisch von China Arms Control And Disarmament Association (CACDA), Beijing, <<http://www.cacda.org.cn/>>
- Russisch vom Institute of World Economy and International Relations (IMEMO), Moscow, <<http://www.imemo.ru/>>
- Ukrainisch vom Ukrainian Centre for Economic and Political Studies (UCEPS, Razumkov Centre), Kyiv, <<http://www.uceps.org/>>

Bitte kontaktieren Sie diese Organisationen für weitere Informationen.



INSTITUT FÜR FRIEDENSPÄDAGOGIK TÜBINGEN E.V.

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1976 (unter dem Namen Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.) als friedenspädagogische Fach- und Servicestelle bundesweit etabliert. Ein zentrales Anliegen seiner Arbeit ist es, Friedenserziehung durch ein Angebot fundierter Materialien, Bildungsangebote und Beratung in der Gesellschaft zu verankern und Zugänge in alltägliche Bildungszusammenhänge zu eröffnen. Dies geschieht – in enger Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis – durch direkte Unterstützung, durch Beratung und Serviceangebote, durch die intensive Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Friedenserziehung im Rahmen von Projektarbeit, durch die Entwicklung von Unterrichtsmedien, durch Seminarangebote sowie die eigenständige und schnelle Publikation der Ergebnisse über das Internet sowie in einem eigenen Verlag.



**Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.**

Correnstr. 12
D-72076 Tübingen
Deutschland
Telefon: +49 7071 920510
Fax: +49 7071 9205111
Email: kontakt@friedenspaedagogik.de
Internet: www.friedenspaedagogik.de

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGO's, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.



Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Deutschland
Telefon: +49(0)228 883 0
Fax: +49(0)228 883 9207
Email: presse@fes.de
Internet: www.fes.de

**STOCKHOLM INTERNATIONAL
PEACE RESEARCH INSTITUTE**

SIPRI YEARBOOK 2010

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch präsentiert Daten und Analysen über

- Sicherheit und Konflikte
- Militärausgaben und Rüstung
- Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Diese Broschüre fasst die 41. Ausgabe des SIPRI Jahrbuchs zusammen. Es beinhaltet Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2009 in den Bereichen

- Größere bewaffnete Konflikte
- Multilaterale Friedenseinsätze
- Militärausgaben
- Rüstungsproduktion
- Internationale Rüstungstransfers
- Atomstreitkräfte weltweit, Bestände spaltbaren Materials und Atomtests
- Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Verringerung der Bedrohungen durch chemische und biologische Waffen
- Konventionelle Rüstungskontrolle
- Kontrolle sicherheitsrelevanter internationaler Exporte
- Multilaterale Waffenembargos

Das SIPRI Jahrbuch enthält außerdem umfangreiche Anhänge über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, internationale Sicherheitsorganisationen und eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2009 im Bereich Sicherheit und Rüstungskontrolle.

